

Zweideutig

Wird der Mythos des Nationalen wiedererweckt?

In Frankreich gewann beim ersten Turnus der Präsidentschaftswahlen die Nationale Front unter *Jean-Marie Le Pen* 15 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei den jüngsten Regionalwahlen in Italien, die am gleichen Mai-sonntag wie die französischen Präsidentschaftswahlen stattfanden, kam *Gianfranco Finis* Nationale Allianz aus Post- und Neofaschisten auf 13 Prozent. In Österreich hat die rechtspopulistisch gewendete FPÖ, Mitte der achtziger Jahre noch eine Fünf-Prozent-Partei, unter *Jörg Haider* bei den Nationalratswahlen im letzten Oktober die Zwanzig-Prozent-Grenze mit Bravour übersprungen und ist darauf und dran, der bislang vor sich hinkriselnden bürgerlich-konservativen ÖVP den Rang abzulaufen. In Belgien radikalisiert sich der Vlaams Blok und braucht sich über Zulauf nicht zu beklagen.

In der Russischen Föderation ist es um den Ultranationalisten *Wladimir Schirinowski* nicht zuletzt mangels spektakulärer Auftritte im Westen stiller geworden. Aber sein „liberaldemokratischer“ LDPR stellt mit 70 Abgeordneten die zweitgrößte Fraktion in der Staatsduma, und großrussisches Gebaren, das die Minderheiten innerhalb der Föderation einschüchtert, die kleineren Nachbarn Rußlands erschreckt und westliche Diplomaten nachdenklich macht, gehört in Rußland inzwischen zum Alltag.

Nationalistische Strömungen und Unterströmungen zeigen sich im Westen wie im Osten Europas auch dort, wo die Nationalitätenkonflikte nicht, wie im ehemaligen Jugoslawien oder auf dem Gebiet der Russischen Föderation gegenüber Tschetschenien, mit Waffengewalt ausgetragen werden.

Neonazistische Splittergruppen agieren inzwischen, offenbar auch über den Atlantik hinweg, wieder international. Terroranschläge mit rassistischem (auch antisemitischem), jedenfalls fremdenfeindlichem Hintergrund wiederholen sich zur Zeit fast überall im westlichen Europa: in Deutschland gegen Türken, in Italien vor allem gegen Schwarzafrikaner, in Frankreich gegen Algerier und Marokkaner.

In der Bundesrepublik ist die Zeit der Wiedervereinigung seit 1989 zwar fast ganz ohne nationale Aufwallungen vorübergegangen. Die rechtsradikalen „Republikaner“ und ihnen verwandte politische Gruppierungen hatten, wie auch die jüngsten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Bremen wieder zeigten, ganz offensichtlich nur vorübergehend als rechte Protestparteien Erfolg. Sie sind politisch Außenseiter geblieben. Und die rechtsextremistischen, im eigentlichen Sinne neonazistischen Sektierergruppen sind – einstweilen jedenfalls – eher eine kriminelle denn eine politische Gefahr.

Aber seit einiger Zeit gibt es ein seltsames Gemurmel unter Intellektuellen auch hierzulande. Mancher hochgebildete Literat, Conférencier und Großredner, der sich europäisch und weltbürgerlich gab, solange Deutschland gespalten war, zieht sich jetzt gerne eine nationale Weste an. Und zunehmend wird auch in politischen Kreisen, vor allem in den bürgerlichen Parteien, die nationale Fahne wieder höher gehalten, jedenfalls meint man, das einem Teil der eigenen Anhängerschaft schuldig zu sein.

Es wäre unverantwortlich naiv, alles, was hier aufgelistet wurde, über einen Leisten zu schlagen oder auch nur auf parallele Gleise zu schieben. Schon die verschiedenen neonationalen und neonationalistischen Bewegungen im Westen unterscheiden sich nicht nur dem Grad, sondern auch der Art nach voneinander. Haider ist nicht Le Pen und Fini nicht Schönhuber. Die neuen Nationalismen in den osteuropäischen Reformstaaten und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion können vorübergehender Natur sein,

Kinderkrankheiten nationaler Selbstfindung.

Daß der nationale Gedanke in seiner neuen Verdichtung auch an Deutschland nicht völlig vorbeigeht, liegt in der Natur der deutschen Vereinigung. Deutschland muß als wiedervereinigtes Land schon aufgrund seiner komplizierten Lage zwischen West und Ost seine Rolle in Europa erst wieder neu finden. Eine offene Diskussion über die eigene Nation kann eher klärend wirken und muß nicht gleich unter generellen Nationalismusverdacht gestellt werden. Die rechtsextremistischen und neonazistischen Gruppierungen mit terroristischem Einschlag würden überschätzt, wollte man in ihnen politisch gefährliche Bewegungen mit Zukunft sehen.

Es wäre aber noch unverantwortlicher, die in West und Ost unterschiedlichen neonationalen und nationalistischen Regungen zu unterschätzen. Daß sie gefährlich werden können, liegt in der Zeitlage, im noch sehr offenen Übergangszustand Gesamteuropas nach dem Ende des Kommunismus. Je größer das wirtschaftliche Chaos in der ehemaligen Sowjetunion, je länger die wirtschaftliche und soziale Gesundung in den östlichen Ländern auf sich warten läßt, um so eher werden sich nationale Rivalitäten verselbständigen, je mehr diese sich verselbständigen, um so militanter werden sie sich gebärden.

Europa als ganzes bleibt noch in der Schwebe. Die Gestalt, die es einmal bekommen soll, ist noch nicht erkennbar. Im Westen – selbst zwischen Deutschland und Frankreich – ist der Ausgleich zwischen nationalen Interessen und Traditionen und europäischer Integration noch keineswegs gelungen. Die Konflikte werden zur Zeit eher kaschiert als gelöst. Die EU-Assoziierung osteuropäischer Staaten kann nicht über den noch tiefen Wohlstandsgraben zwischen Ost und West hinwegtäuschen.

Stagniert der weitere europäische Einigungsprozeß, bringt die nächste Europäische Konferenz 1996 keine weiterführende Perspektive für Gesamteuropa, kann auch deutschnationales Gedankengut wieder salonfähig wer-

den. Ethnozentrisches Denken ist gerade in Deutschland noch längst nicht abgestorben. Durch Überfremdungsängste bekommt es neue Nahrung.

Am gefährlichsten aber werden die neonationalen Töne dort, wo das Nationale als Gemeinschaftskitt einer Gesellschaft dienen soll, die von sich den Eindruck hat, mangels Übereinstimmung in ethischen und politischen Grundüberzeugungen den inneren Halt und damit auch den politischen Zusammenhalt zu verlieren. *Wolfgang Schäuble* hat in polemischer Entgegensetzung gegen einen im demokratischen-republikanischen Selbstbewußtsein gründenden Verfassungspatriotismus sich wiederholt das Argument zu eigen gemacht, eine in ihrem Werteverständnis heterogene Gesellschaft brauche ein starkes Nationalbewußtsein als emotionales Bindemittel.

Man darf gespannt sein, wie das Argument weitergetragen wird. Es könnte sehr bald von Leuten aufgegriffen werden, an die sein Erfinder gar nicht gedacht hat. Zweideutig bleibt das Argument auf jeden Fall. Eine Revitalisierung des Nationalen gleichsam als Ethos- und Religionsersatz wäre das letzte, was wir zur Zeit brauchen können. se

Perspektivlos?

Den Gedenkfeiern zum 8. Mai fehlte der Gegenwartsbezug

Die Frühjahrsmonate 1995 liegen hinter uns, damit auch die Gedenkfeiern zum Kriegsende in Europa vor 50 Jahren (vgl. HK, Mai 1995, 211 ff. und ds. Heft S. 312). Sie wurden europa- und weltweit in einem guten Stil begangen. Der Wille zur Gemeinsamkeit überwog die bei solchen Anlässen unvermeidlichen nationalen Empfindlichkeiten bei weitem. Die Polen schmollten nicht lange, als sie nicht mit den Siegern des Zweiten Weltkrieges nach Berlin eingeladen wurden. Sie antworteten mit einer Rede ihres neuen Außenministers *Wladislaw Bartoszew-*

ski im Deutschen Bundestag, der das Kunststück fertigbrachte, nichts zu verschweigen, was entweder in der einen oder anderen Richtung weh tat, und doch bei seinen Landsleuten beinahe so viel Zustimmung zu finden wie bei seinen deutschen Zuhörern.

In Deutschland wurde gründliche Erinnerungsrbeit geleistet. Allerdings wurde diese im wesentlichen von den Medien gemacht, die Politiker hielten die Reden, die intellektuellen Eliten waren auffallend schweigsam. Aber man hat sich nirgends, wo vom Kriegsende und dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur die Rede war, auf das Jahr 1945 und dessen unmittelbare Folgen beschränkt, vielmehr wurde ohne verschämte Rechtfertigungsversuche mit den zwölf Jahren davor, mit der Wirklichkeit des Dritten Reiches, seinen Verbrechen und seinen Verhängnissen, abgerechnet. Manch gutes Wort wurde gesprochen, auch manches gute Wort, das überraschte, so die Äußerung des tschechischen Ministerpräsidenten *Václav Klaus* zum Unrecht der Vertreibung und zu den Verbrechen der Tschechen an Deutschen neben den Verbrechen der Deutschen an Tschechen.

Die Deutschen haben sich noch einmal bewußt gemacht, jedenfalls die öffentlichen Sprecher taten dies unermüdlich, wie tief der Abgrund war, in den Deutschland unter Hitler fiel und in den ganz Europa mit hineingerissen wurde. Bei den Siegermächten von damals kamen 1995 in keiner Weise mehr Triumphgefühle gegenüber den Deutschen auf. Man ging nobel und partnerschaftlich miteinander um. Und Deutschlands Nachbarn, vor allem die im Süden, die als Angeschlossene, Verbündete oder auch als Neutrale auf je eigene, sehr unterschiedliche Weise in die Machenschaften Hitler-Deutschlands verstrickt waren, gingen ihrerseits selbstkritisch mit sich ins Gericht: die Österreicher vor allem, und selbst die mit ihrem Faschismus oft wenig distanziert weiterlebenden Italiener – wenigstens in ihren offiziellen Sprechern.

Da sogar der Schweizer Bundespräsident *Kaspar Villiger* eindringlich von

der Schuld sprach, die die Schweiz mit ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik vor allem gegenüber den an Leib und Leben bedrohten Juden auf sich aufgeladen habe, und da selbst die Japaner, die sich mit Gesichtsverlust besonders schwer tun, im Blick auf ihren 2. September monatelang mit einer Entschuldigung gegenüber ihren Nachbarn wegen der an ihnen während des Zweiten Weltkriegs begangenen Verbrechen rangen, wirkte es fast schon abseitig, daß Wochen vorher deutsche Bischöfe noch untereinander diskutierten, ob Kirche überhaupt und nicht nur der einzelne Christ schuldig werden kann.

So ehrlich in der Distanz von 50 Jahren der Umgang mit der Vergangenheit insgesamt war, so auffallend leer wirkte in all den Gedenkfeiern der *Gegenwartsbezug*. Eine Zukunftsperspektive war erst recht nicht zu erkennen – außer der allseits und besonders beim Staatsakt in Berlin in den Mittelpunkt gerückten europäischen Zukunft. Aber der Sieg Europas über sich selbst, den *François Mitterrand* in Berlin beschwor, muß erst errungen werden. Es war auch in Berlin herauszuhören, daß Europa von Deutschen, Franzosen, Briten und Russen keineswegs in derselben Weise gedacht wird. Dafür warf in Moskau mit Militärparaden und Gedenkfeiern am Lenin-Mausoleum das alte Regime noch einmal gewaltige Schatten an die Kreml-Mauern.

Im Westen wiederum wurde kaum etwas sichtbar gemacht von dem, was seit 1945 an Zukunftsweisendem entstanden ist: an Freiheitszuwachs, an demokratischer Beständigkeit, an rechtsstaatlicher Verlässlichkeit. Und erst recht fehlte jede Auseinandersetzung mit dem, was im demokratischen Fortschritt wieder brüchig geworden ist: im gesellschaftlichen Miteinander, im Verhältnis zwischen Bürgern und demokratischen Institutionen, im Geflecht sozialer Beziehungen.

Wie steht es mit der Solidarbereitschaft dort, wo der Versorgungsstaat nicht hinreicht? Wie ist eine Gesellschaft einzuschätzen, in der Kinder in